

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 8. — Fernsprecher: Amt Sonta 8482 u. 4984.

Verlag: A. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankentafeln 30 Pf.

Stand der Tarifverträge

Vom Statistischen Reichsamt wird alljährlich in einem Sonderheft eine übersichtliche Darstellung über den Stand der Tarifverträge veröffentlicht. Hierbei finden nicht nur Zahl und Art, sondern auch der Inhalt der Tarife Berücksichtigung. Wie sehr die Tarifpolitik der Gewerkschaften von der Wirtschaftskonjunktur beeinflusst wird, zeigt uns der Fortschritt im Berichtsjahr. Die Steigerung der vorhandenen Tarifverträge erfolgte viel langsamer als in den Jahren vorher. Am 1. Januar 1928 wurden 8178 Tarifverträge für 12 267 440 Personen festgestellt, und am 1. Januar 1929 betrug die Zahl der vorhandenen Tarife 8925 und die den Verträgen unterstellten Personen 12 276 060. Die Tarifverträge erhöhten sich innerhalb dieser Zeit um 19,1 Proz., ungleich stärker als die Zahl der Personen. Die Auswirkung der Nationalisierung, durch die eine Verringerung der Betriebsabtelegschaften eintrat, wird an der geringen Anteilnahme der Personenzahl bestimmend gewesen sein, denn die Gesamtzahl der Arbeitnehmer, die den Tarifverträgen unterstellt sind, hat nur die geringfügige Zunahme von 8620 oder 0,1 Proz. gegenüber Ende des Jahres 1927 aufzuweisen. Praktisch bedeutet diese Feststellung gegenüber den früheren Jahren mit der bedeutenden Zunahme der den Verträgen unterstellten Personen einen Stillstand. Diese Tatsache ist jedoch weit entfernt davon, der Gewerkschaftsbewegung in die Schuhe zu schieben, es mangle ihr an Kampfesgeist, oder durch die auf sie hereinbrechenden Schwierigkeiten seitens der Unternehmer können Erfolge wie früher nicht mehr verzeichnet werden. Wir gewinnen aber ein ganz anderes Bild aus der Gesamtarifbewegung; auch das Jahr 1928 war ein sehr lebhaftes. Es wurden neue Abschlüsse bzw. Erneuerungen alter Tarife 3377 für insgesamt 5 376 009 Personen getätigt. Auch hier trifft die Erscheinung zu, die wir oben bereits skizziert haben, nämlich, daß die den Tarifverträgen unterstellten Personen gegenüber dem Jahre vorher um rund 2 Millionen zurückbleiben. Das Statistische Reichsamt schließt daraus: Die rückläufige Bewegung des Wirtschaftslebens, die im Laufe des Berichtsjahres 1928 den Aufschwung des Jahres 1927 ablöste, verringerte stark das bis dahin rasche Anwachsen der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten.

Wenn wir einen Vergleich stellen mit dem Ergebnis der Berufszählung vom Jahre 1925, wobei 17,9 Millionen männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte ermittelt wurden, so ergibt sich, daß hiervon tarifvertraglich erfasst wurden:

am 1. Januar 1927 10,97 Millionen oder 61,3 Proz.
am 1. Januar 1929 12,27 Millionen oder 68,3 Proz.

Die Steigerung der den Tarifverträgen unterstellten Personen ist, obwohl die Wirtschaftskrise bereits stark einsetzte, immerhin sehr beachtenswert. Weit über drei Fünftel aller im Erwerbsleben tätigen Personen sind den tariflichen Abmachungen unterstellt.

Die Entwicklung der an den Tarifverträgen beteiligten Personen nach Geschlechtern ergibt, daß die Zahl der männlichen Arbeiter nahezu unverändert geblieben ist, dagegen ist bei den Arbeiterinnen ein Rückgang um 4,5 Proz. eingetreten, bei den männ-

lichen Angestellten kann eine Zunahme von 3 Proz. und bei den weiblichen von 5,3 Proz. verzeichnet werden.

Ueber Umfang und Geltungsbereich bzw. die Einteilung nach Reichs-, Bezirks-, Orts- und Firmentarifen erhalten wir folgende Uebersicht:

Geltungsbereich	Tarifverträge			Betriebe			Arbeitnehmer			Arbeitnehmer im Durchschnitt	
	absol.	%	1.1. 1927	absol.	%	1.1. 1927	absol.	%	1.1. 1927	je Tarifvertrag	1.1. 1927
Reich	84	0,9	1,1	9899	9,9	9,1	185586	15,1	13,0	22000	18000
Bezirke	3089	34,6	36,7	7472	74,9	75,5	918820	74,8	77,5	3000	3100
Ort	2489	27,9	28,8	14447	14,5	14,6	741109	6,1	5,8	300	300
Firma	3263	36,6	33,4	7228	0,7	0,8	49788	4,0	3,7	150	107
Summe	8925			99797			12276060			1375	1465

Die überwiegende Bedeutung liegt wie in früheren Jahren bei den Bezirkstarifen, die beinahe drei Viertel aller tarifbeteiligten Unternehmungen und mehr als 75 Proz. der tarifbeteiligten Arbeitnehmer erfassen. Es konnte jedoch in den beiden letzt verfloffenen Jahren eine geringe Verschiebung zugunsten der Reichstarife festgestellt werden, indem 1927 an den Reichstarifverträgen nur 1800 Unternehmungen und am 1. Januar 1929 jedoch 2200 Unternehmungen beteiligt waren. Sehr beachtlich ist die Verschiebung im Berichtsjahr hinsichtlich der Verbandszugehörigkeit. Von den tarifbeteiligten Arbeitnehmern gehörten 1927 nur 43,4 Proz. den berichtenden Verbänden an und am 1. Januar 1929 48,6 Proz. Im gleichen Verhältnis senkte sich die Zahl der außerhalb der vertragsschließenden Verbände stehenden Arbeitnehmer von 56,6 auf 51,4 Proz. Es muß aber dennoch festgestellt werden, daß über die Hälfte aller den Tarifverträgen unterstellten Personen den vertragsschließenden Arbeitnehmerorganisationen nicht angehören. Diese Tatsache kann selbstverständlich nicht geeignet sein, der Tarifpolitik durch die Gewerkschaften eine raschere Auswärtsbewegung zu sichern. Die bestehenden Firmentarife bilden im gesamten Rahmen einen geringen Prozentsatz, nur 12,4 Proz. aller tarifierten Arbeiter und 10,95 Proz. aller Angestellten unterliegen Firmentarifverträgen.

Leider erfahren wir nichts in der amtlichen Aufstellung über die Art des Zustandekommens der Tarifverträge, denn das Statistische Reichsamt bemerkt dazu, daß eine Aufgliederung der Tarifverträge, die auf Grund freier Vereinbarung durch Arbeitskämpfe oder infolge Schiedsspruches zustande gekommen sind, diesmal nicht möglich gewesen ist. Dadurch ist es leider nicht möglich, die Bedeutung des staatlichen Schlichtungswesens, daß von Unternehmenseite mit größtem Eifer herant wird, zu würdigen. Wir wissen wohl, daß 1927 von 18 436 Schlichtungsverfahren 7366 durch Gesamtvereinbarungen beendet wurden, und 1928 konnten von 8035 Schlichtungsverfahren 6956 ebenfalls durch Vereinbarungen, also ohne Arbeitskämpfe beendet werden. Stellen wir weiter die Aufstellung über die Arbeitskämpfe in Vergleich, so sehen wir, daß 1927 bei 871 Kämpfen 6 043 698 Arbeitstage und 1928 bei 723 Kämpfen 20 288 211 Arbeitstage verloren gingen.

Für diejenigen, die sich bemühen, den Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß sie wirtschaftlichen Kämpfen aus dem Wege gehen, ist bestimmt diese Feststellung eine arge Enttäuschung.

Sehr wichtig ist die tarifliche Regelung der Arbeitszeit. Es wird festgestellt, daß 85,3 Proz. aller tarifierten Arbeitnehmer die 48-Stunden-Woche, 8,7 Proz. eine kürzere und 6 Proz. eine längere Wochenarbeitszeit vereinbart hatten. Die Zahl der 48 Stunden arbeitenden Personen hat sich wesentlich erhöht. Eine zunehmende Verbreitung findet auch die kürzere Arbeitszeit am Sonnabend. Solche Verkürzungen bestanden 1927 für 29 Proz., 1928 für 31,1 Proz., 1929 für 31,3 Proz. aller Tarifverträge. Bei den Tarifverträgen für die Angestellten ist der Prozentsatz weit günstiger, er betrug 1929 45 Proz.

Die tariflichen Vereinbarungen über Ferien haben ebenfalls im Berichtsjahr bedeutende Fortschritte aufzuweisen. Gegenüber 1927 mit 90,9 Proz. erhöhte sich das Verhältnis auf 93,6 Proz. aller Verträge, die Ferienabkommen enthalten. Leider sagt das Statistische Reichsamt darüber nichts, in welchem Umfange Ferien tariflich vereinbart wurden. Wir sind daher gezwungen, auf das Jahr 1927 zurückgreifen zu müssen, wobei festgestellt wurde, daß von den reinen Arbeitertarifen in 27,8 Proz. bis 6 Arbeitstage, in 39,7 Proz. über 6 bis 12 Arbeitstage, in 27 Proz. über 12 bis 18 Arbeitstage und in 5,5 Proz. über 18 Tage Ferien vereinbart waren.

Die Ansicht über die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge ist in den Unternehmertreihen geteilt. Wir können wahrnehmen, sobald die vertraglichen Abmachungen durch Schiedsspruch weit von den Wünschen der Arbeiterschaft entfernt sind, das Unternehmertum eifrig bestrebt ist, die Allgemeinverbindlichkeit zu erwirken, sobald jedoch einigermaßen den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird, erfolgen die schärfsten Abwehrmaßnahmen gegen die Allgemeinverbindlichkeit. In den Gewerkschaftskreisen ist ebenfalls die Meinung geteilt. Es wird oft als unerträglich empfunden, wenn tarifliche Vereinbarungen allgemeinverbindlich erklärt werden und somit die tariflichen Abmachungen auch für unorganisierte Arbeitnehmer Gültigkeit erlangen.

Die amtlichen Feststellungen ergeben den bedeutenden Fortschritt in der Tarifpolitik, wie sie seitens der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit geführt wurde, und doch fallen viele Wermutstropfen in diesen Freudenkelch, wenn festgestellt wird, daß mehr als die Hälfte aller den Tarifverträgen unterstellten Personen ihren vertragsschließenden Gewerkschaften nicht angehören. Der Ausgang jeder Tarifregelung ist das Produkt des Stärkeverhältnisses der Tarifparteien, und überall dort, wo eine starke Minderheit den Gewerkschaften noch fern steht, können die Abschlüsse unmöglich den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechen.

Wenn die Gewerkschaften sich in der Tarifpolitik eine größere Machtposition erringen wollen, dann ist es vordringlichste Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder, in den Tarifbetrieben für die geschlossene gewerkschaftliche Organisation zu sorgen.

Der Reichsetat 1931

Noch vor Beginn des neuen Jahres soll der von der Regierung Brüning fertiggestellte Entwurf für den Etat 1931 dem Reichstag zur Beratung vorgelegt werden. Der Etatsentwurf soll, wie angekündigt wurde, im Zeichen des Sparens stehen. Nach dem, was bis jetzt darüber bekannt geworden ist, wird der Etat gehorrend gespart werden, aber nicht dort, wo es unumgänglich notwendig ist, sondern bei solchen Ausgaben, die für die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit eine wesentliche Rolle spielen.

Die Hauptausgabeposten sind im nächsten Jahr angelegt mit 1,42 Milliarden Mark für Kriegslasten, 1,66 Milliarden Mark für Versorgung und Ruhegehälter, 1,02 Milliarden Mark für den Etat des Reichsarbeitsministeriums, 837 Millionen Mark für Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld und 657 Millionen Mark für Reichswehr und Marine. Die Einsparungen, die gegenüber dem Vorjahr an diesen Postitionen vorgenommen werden, sind nur bei dem Etat des Reichsarbeitsministeriums von besonderer Bedeutung. Dort wurden Streichungen durchgeführt im Gesamtbetrage von nahezu einer halben Milliarde Mark. Wenn auch der wesentlichste Teil der gestrichenen Summe auf die durch die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung erfolgten Einstellungen der Reichszuschüsse zurückzuführen ist, so ist die vorgeschlagene Einstellung oder Verminderung anderer wichtiger Mittel eine derartig ungeheuerliche Benachteiligung der minderbemittelten Schichten, daß sie nicht ohne Protest hingenommen werden darf. Es soll aufgehoben werden der gesamte Zuschuß zur Familienwochenhilfe, vermindert sollen werden die Mittel für die Reichs-Knappschaft und den Ausbau und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung.

Für die Reichswehr und die Marine sollen die Einsparungen lediglich 22,5 Millionen Mark betragen. Es wird wenige Angehörige der arbeitenden Bevölkerung geben, die nicht mit uns der Meinung sind, daß die Einsparungen bei der Reichswehr zu den Einsparungen, die im Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgenommen wurden, in einem trassen Verhältnis stehen. Diese Ansicht wird noch wesentlich bekräftigt, wenn wir erfahren, daß trotz der Preisabbaubewegung der Reichsregierung die vom Militär angeforderten Pferde sich um 156 000 Mk. verteuern und die Ausgaben für das Militärkraftfahrwesen sich um 391 000 Mk. erhöhen. Auch in der Marine scheint für Sparlichkeit kein Verständnis zu bestehen. Für Schießübungsmunition werden 1,3 Millionen Mark mehr angefordert, so daß, wenn dieser Betrag bewilligt wird, zum Verpulvern Mittel in Höhe von 6,5 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Es scheint fast so, daß das In-die-Luft-schießen notwendiger ist, als eine Erleichterung zu schaffen für diejenigen Mütter, die das zweifelhafte Glück haben, Kinder zu gebären. Nach der heutigen Zusammenfassung des Reichstags wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, wesentliche Änderungen herbeizuführen, denn ein großer Teil der Wähler, die unmittelbar von der Ausgabenverminderung des Reichsarbeitsministeriums betroffen werden, haben es vorgezogen, bei der letzten Wahl ihre Stimme solchen Parteien zu geben, die auf eine praktische parlamentarische Arbeit keinen Wert legen.

Ringelreihen um den Preisabbau

Es ist durchaus verständlich, daß die verfehlte Preisabbaupolitik von der Verbraucher- und Arbeiterchaft scharf kritisiert wird. Die bisher unzulänglichen Preisentfaltungen tragen in keiner Weise dem Bedürfnis der Verbraucher Rechnung. Die Reichsregierung hat mit brutaler Hand in die Lohngestaltung des Arbeiters eingegriffen und ihren Kurs nach unten gedrückt, prozentual viel tiefer, als die Preise „fielen“. Nun ist es unbestreitbares Recht des Arbeiters, mit aller Energie den wahren Preisabbau zu erzwingen.

In Produzentkreisen wird über den Lohnabbau und seine Auswirkungen nicht so gedacht. Jetzt müssen kleine Pfälzerchen in Form minimalen Preisnachlasses darüber hinwegtäuschen, daß eigentlich noch gar nichts viel billiger geworden ist. Viele Ströme Druckerchwärze werden vergeudet um zu beweisen, daß die Produzenten im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ein wahrhaft großes Opfer für den Preisabbau gebracht haben. Dort aber, wo die öffentliche Meinung in der bisherigen Preisreduzierung kein Ereignis unwahrender Bedeutung sieht, wird ihr Klappern versucht, daß schon größtmögliche Opfer gebracht wurden, weil aber auch dieser Appell nicht überzeugend wirkt, wird die Verbraucherschaft, wie im Fleischergewerbe, unmittelbar zu Kalkulationen herangezogen.

Unter der klangoollen Bezeichnung „Verbraucheranschluß“ werden „branchenkundige“ Kreise zu „Probenschlachten“ herangezogen, die sich aus nächster Nähe davon überzeugen sollen, wie gering die Verdienstsparne ist. Für den „Verbraucheranschluß“ sind die Resultate auch überraschend. So hat in Münster i. W. ein Probenschlachten zweier

Schweine stattgefunden, die einen Schlachtverlust von 24,3 Proz. (1) hatten und einen Reinerlös für beide Schweine von 23,83 Mk. ergaben. In Gladbeck, wo ebenfalls ein Schwein „probe“ geschlachtet wurde, war der Reinerlös nur 3,41 Mk. bei 20 Proz. Schlachtverlust. Man kann hier mit dem Dichter sagen: „Der Fachmann staunt, der Laie wundert sich“ — —, da ausgerechnet beide Schlachtungen gleich ungünstige Resultate zeigten. Jedenfalls ist es sehr eigentümlich, daß gerade bei den Probenschlachten das Ergebnis so ungünstig ist. Wenn man nun im Sinne des Fleischermeisterjargons resümieren will und dem Gladbecker Resultat die „hohen Löhne“ der Fleischer-gesellen zugrunde legt, dann müßte ein Fleischermeister 13 „Gladbecker Schweine“ schlachten, um rund 45 Mk. pro Woche zu verdienen. Gewiß, es ist jedermanns Recht, um seine Existenz zu kämpfen, wie er es für richtig hält, aber das Beispiel lehrt, die Sache wird allgemach zum Unfinn.

Bei den vielen Unkostenberechnungen im Fleischer-gewerbe, die zum Kapitel „Preisabbau“ (durchführbar oder nicht!) aufgemacht werden, springt besonders in die Augen, daß eine Kühlmaschine monatlich 110 Mk. Unkosten, 75 Mk. an Reparaturen und 75 Mk. an Ersatzteilen erfordert, jährlich insgesamt also 3120 Mk. Eine derartige alte Kiste gehört auf den Schrotthausen und ist im rationell geführten Betrieb ein lästiges Monstrum.

Besuche regelmäßig die Versammlungen

Am 6. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Verbindlichkeitserklärung abgelehnt

Die von uns beim Landeschlichter beantragte Verbindlichkeit des Schiedspruches vom 26. August für die Münchener Fabrikanten und Werkstätten wurde abgelehnt. Bevor die Entscheidung gefällt wurde, fanden Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Landeschlichter statt. Dort brachten sie ihr bekanntes Lamento über die starke Konkurrenz der übrigen Fabrikanten, die ungünstige geographische Lage, die hohen Löhne und was sonst noch an alten Schlagern zum Ausdruck. Mit großem Pathos verkündete Geheimrat Drexler, daß die Münchener Fabrikanten die höchsten Löhne bezahlten. Sie bezogen für einen Schäffler 67 bis 112 Pf., bei den Maschinenarbeitern 54 bis 90 Pf., bei den Tagelöhnern 47 bis 78 Pf. pro Stunde. Um wieder konkurrenzfähig zu werden, muß ein Abbau erfolgen, erklärten die Unternehmer, unbekümmert, ob die Kollegen Hunger und Not leiden. Bei der gegenwärtigen Kurzarbeit gehen sie nach allen Abzügen ohnehin nur noch mit ein paar Mark in der Woche nach Hause. Dazu kommt noch wochenlanges Aussetzen. Unser Hinweis, daß die Befestigung der Konkurrenz Sache der Unternehmer sei und dieser Uebelstand stark eingeschränkt werden kann bei Abschluß eines Landes- bzw. Reichstariifs, wurde mit ausweichenden Worten abgetan. Den Abbauforderungen traten unsere Vertreter energig entgegen, zudem alle Voraussetzungen für einen Preisabbau fehlen und die Löhne kaum zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichen.

Dem Landeschlichter gelang es nicht, eine Vereinbarung zustande zu bringen, und so erklärte er den beiden Parteien, einen Vorschlag übermitteln zu wollen. Dieser Vorschlag sah vor: die Streichung des früheren Arbeitschlusses am Karfreitag, einen Lohnabbau von 10 Proz. für Neueingestellte auf acht Wochen und die Krankengeldentschädigung statt dreimal im Jahre nur zweimal zu gewähren.

Obwohl der gefällte Schiedspruch einige Abänderungen zuungunsten der Arbeiter vorsah, so wollten sie noch ein weiteres Entgegenkommen zeigen, um wieder zu einem Tarifvertrag zu kommen. Unser Vorschlag ging dahin: einen Lohnabbau von 5 Proz. für Neueingestellte auf vier Wochen und Verzicht auf den Karfreitag als Feiertag. Die Unternehmer machten keinen Vorschlag. Nachdem nochmals ein Termin zu einer Verhandlung angesetzt wurde, stellten sie die Forderung, den Neueingestellten dauernd 7 Proz. weniger Lohn zu bezahlen. Diese unerhörte Zumutung lehnten die Arbeiter in einer Versammlung einstimmig und mit Entrüstung ab. Sie würden nichts anderes als einen verkappten Lohnabbau bedeuten. Der Plan ist zu durchsichtig. Nicht lange würde es dauern, und der Tariflohn würde nicht mehr bezahlt. Auf einen weiteren Vorschlag der Arbeiter, sich auf fünf Wochen lang einen Lohnabbau für Neueingestellte gefallen zu lassen, kam es zu keiner Aussprache mehr, und so ist dann die Entscheidung, wie oben bemerkt, vom Landeschlichter gefallen.

Somit besteht jetzt eine tariflose Zeit. Ob die Unternehmer sich freiwillig noch bereitwillig, einen Tarifvertrag zu schaffen, ist nach früheren Erfahrungen nicht anzunehmen. Unseren Kollegen ist besonders zu empfehlen, sich auf keine Abmachungen

mit den Unternehmern einzulassen, sondern stets auf die Organisation zu verweisen. Der Tarifvertrag gilt jetzt als Einzelarbeitsvertrag. Sollten irgendwelche Änderungen in den Betrieben vorgenommen werden, so ist sofort dem Verbandsbüro zu berichten. Vor allem gilt es jetzt, den Kopf hoch zu halten und erst recht für den Verband zu wirken und zu werben, da es nur möglich ist, durch eine starke Organisation allen Anstürmen zu trotzen.

Sabotage des Preisabbaues

Die mit viel Tamtam verkündete Preisentfaltung durch die Reichsregierung droht zu versanden. Bedinglich geschäftstüchtige Unternehmer und Verkäufer erfassen die Gelegenheit, in marktstreibischer Aufmachung ihren Umsatz zu heben. Das Wort „Preisabbau“ ist ein zeitgemäßes Schlagwort geworden, in dem von einem wirklichen Preisabbau gar keine Rede sein kann.

Die Demissionierung des Ministers Bredt, der der Wirtschaftspartei angehört, ist auf ausdrückliches Verlangen seiner Partei erfolgt. Damit sagt die Wirtschaftspartei der Reichsregierung schärfsten Kampf an und bringt zum Ausdruck, daß sie nicht daran denkt, einen „solchen“ Preisabbau mitzumachen. Offene Sabotage der Wirtschaftspartei also, und das zu einer Zeit, wo man der Arbeiter- und Verbraucherschaft die schwersten Opfer auferlegt.

Aber auch die Landwirtschaft erklärt, keine Lust zu haben, den Preisabbau zu unterstützen. In ihrer Begründung ist sie allerdings sehr vorsichtig. Ehe sie Farbe bekennet, schiebt sie lieber die anderen vor das Loch. Auf einer Tagung des Reichslandbundes führte der Präsident aus: „Den Preisabbau in der jetzigen Form kann die Landwirtschaft nicht mitmachen. Es geht nicht an, daß der Druck, der von der Regierung auf Fleischer, Bäcker, Milch- und Kartoffelhändler usw. ausgeübt wird, auf den Produzenten weitergegeben wird, wie es leider der Fall ist. Denn die Landwirtschaft erhält heute 10 Milliarden für die Erzeugnisse, für die der Konsument später 25 Milliarden ausgeben muß.“

Die Reichsregierung landet allgemach mit ihren Maßnahmen auf dem toten Gleis. Gespannt darf man sein, welchen Standpunkt Reichsminister Schiele zu dieser Revolution von zwei Fronten einnimmt, ob er die Regierung unterstützt oder die Maßnahmen der Landwirtschaft für richtig hält. Bei der inneren Schwäche der Regierung darf man allerdings nicht erwarten, daß sie mit dem gleichen Schneid, wie gegen die Arbeiter, gegen die Produzenten vorgeht.

In diesem Zusammenhang muß auf den Deutschen Städtetag verwiesen werden, der den Beschluß faßte, eine ständige Kontrolle durch den statistischen Nachrichtendienst in Gemeinschaft mit der Öffentlichkeit auszuüben und der die Wiedereinführung des Preisabhangs bei Lebensmitteln fordert.

Ein Nazi-Bäckermeister als Menschenschinder

Vor dem Amtsgericht in Inkerburg wurde ein Fall selten roher Zehrlingsmißhandlung verhandelt, der an die übelsten Zustände der Vorkriegszeit erinnert. Auf der Anklagebank saßen Bäckermeister Leibenath und der Geselle Tieleweil.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der Zehrling besonders von dem gelben meistertreuen Gesellen in unmenschlicher Weise geschlagen und mißhandelt wurde. „Kahnenköpfe“ und „Spickfüße“ verabreichte der Geselle bei den wichtigsten Anlässen. Es verging fast kein Tag, an dem der Zehrling nicht mißhandelt wurde. Als er sich bei seinem Vater beschwerte, munterte dieser ihn auf und der Junge hielt weiter aus. Er fuhr treu und brav den Brotwagen und schuftete von morgens 5 Uhr bis abends 11 Uhr, ließ sich jagen und prügeln und verlor allmählich die Lust und Liebe zu seinem Beruf. Schließlich wurde er dickfellig, nur so war es möglich, die Höllequalen ertragen zu können. Als aber das Glendsdasein immer schlimmer wurde, ließ er seinem Bruder gegenüber durchblicken, daß er sich „erkaufen“ würde, wenn der Vater nicht bald eingreift. Nun erst wurde der Vater vorstellig beim Zehrlingmeister und von dort wurde ihm erwidert: „Wenn der Geselle ihn nicht ziehen soll, werde ich es tun, daß Sie es in zwei Tagen merken.“ Promot trat diese Ankündigung ein. Als eines Tages dem Gesellen ein Stück Teig zur Erde fiel, forderte er den Zehrling auf, ihn aufzuheben. Der Zehrling soll geantwortet haben: „Heben Sie ihn doch selbst auf!“ Darauf setzte es den obskuraten „Spickfuß“ ab und als der Meister in die Backstube kam, schlug er wie ein Wahnsinniger wahllos mit einem Stock auf den Zehrling ein und mißhandelte ihn zum Abgewöhnen hinterher noch mit seinem Mistköppl. Die Folgen dieser unmenschlichen Mißhandlungen waren schauerhaft. Der Rücken wies zahllose grünbraun unterlaufene Striemen auf, desgleichen die Brust; Furunkeln im

Genick waren aufgeplatzt, am Kopf befand sich eine Wunde. — Der Junge klagte über Schmerzen im Kopf und in der Nierengegend.

Vor dem Gericht war dieser gemeine Prügelheld unschuldig wie ein Engel. „In meiner Lehrzeit“, behauptete er, „hat es noch mehr Senge gegeben“ und er Frau vertreibt den jungen Leuten die Langweile mit Würfelspiel. Er habe dem Lehrling 10 Proz. vom Brotumsatz an neue Kunden gegeben, und damit die Arbeitsfreudigkeit größer wurde, gab es tagtäglich noch „Kahentöpfe“ und „Spickfüße“. Dieser Lehrling an die Lehrlinge wird wohl in Zukunft nicht einen allzu großen Zustrom neuer Lehrlinge aufweisen.

Trotz dieser Feststellungen konnte sich der Staatsanwalt nur zu dem Antrag aufschwingen, den Bäckermeister mit 100 Mk. und seinen Spießgesellen mit 15 Mk. Geldstrafe zu belegen. Das war aber dem Amtsrichter zu viel, er belohnte den Lehrlingskinder mit einer Strafe von 50 Mk. Bei dem bescheidenen Einkommen, das der Lehrling durch seine 17stündige Arbeitszeit dem Bäckermeister verschafft hat, konnte er sich gerne den Spaß erlauben, die gute alte Zeit mit 50 Mk. zu demonstrieren.

Hoffentlich wird sich die Aufsichtsbehörde um den Lehrling besser kümmern als selther, und wird ihm recht bald zu verstehen geben, daß er nicht geeignet dazu ist, Lehrlinge zu halten und auszubilden.

Ein weißer Rabe

Wie ein Urteil aus einer anderen Welt mutet es einen an, wenn man die Auffassung eines nicht von der Lohnabbauhochschule betroffenen Unternehmers hört.

Ein bayerischer Unternehmer nimmt Stellung zum Lohnabbau und äußert sich wie folgt: „Man betrachte doch einmal die Dinge so wie sie leider sind, und man sehe sich die wirtschaftliche Welt mit nüchternen Augen an. Auf der einen Seite massieren sich die Kapitalien immer mehr in den Händen weniger, werden die Einkommen und Gehälter von wenigen Großen immer noch höher, und auf der anderen Seite predigen ausgerechnet jene, die noch im Überfluß leben können, einen Lohn- und Gehaltsabbau, koste es politisch, was es wolle. Wenige trinken feurigen Wein und predigen für die übrigen Wasser. Es ist klar, daß solcher Dualismus politisch zu nichts Gutem führen kann und schon aus diesem Grunde halte ich eben jetzt einen gewaltigen Druck auf Löhne und Gehälter mehr als bedenklich.“

Sein Urteil aber, daß der Lohnabbau eine wirtschaftliche Dummheit allerersten Ranges ist, wirkt vernichtend:

„Aber auch wirtschaftlich bin ich durchaus nicht der Auffassung, daß ein plötzlicher und radikaler Lohnabbau das Allheilmittel ist, mit dem man die Wirtschaft ohne weiteres über Nacht anzukurbeln vermag. Vor allem glaube man doch nicht, daß die Preise der Waren allein von den Löhnen abhängen. Mit Rücksicht auf die besondere Lage sollte man nicht im Augenblick die Löhne und Gehälter senken, sondern man sollte den Arbeitern, Angestellten und Beamten Gelegenheit geben, den Konsum zu beleben und die Umsätze zu erhöhen.“

Hierzu ist jeder Kommentar überflüssig. Das deutsche Unternehmertum wird wohl nun den Bannstrahl über diesen Unternehmer, der gegen den Stachel leckt, verhängen.

Wer trägt die Steuerlasten?

Wer die Redner von Handel und Gewerbe sprechen hört oder einen Blick in die von diesen Kreisen unterhaltene Presse wirft, wird meinen, außer ihnen zahlt niemand einen Pfennig Steuern. Zahlen aus der Reichsfinanzstatistik widerlegen das Geschrei dieser Kreise.

Die Einkommensteuer ist mit einem Steuersoll von 3 Milliarden Mark die größte Steuerquelle. Rund 27 Millionen Einwohner sind einkommensteuerpflichtig. Davon fallen 12 Millionen aus, weil ihr Einkommen unter der steuerfreien Grenze liegt. Die verbleibenden 15 Millionen verteilen sich auf etwa 12,5 Millionen Lohnsteuerpflichtige und 2,5 Millionen sonstige zur Einkommensteuer Veranlagte. Von den 12,5 Millionen Lohnsteuerpflichtigen versteuern:

361 000 ein Einkommen von	8 000 Mk.
141 000 „ „ „	22 000 „
96 000 „ „ „	16 000 „
889 „ „ „	200 000 „

Daraus ist zu ersehen, daß rund 11 Millionen ein Einkommen von unter 8000 Mk. versteuern. Die

Bohn- und Gehaltssteuerpflichtigen sind die Einkommenschichten, die die weitaus größte Steuerquelle darstellen. Daß die anderen Volksschichten, Handel, Gewerbe und Industrie, stark mit Realsteuern belastet sind, wie z. B. mit der Gewerbesteuer, soll nicht verschwiegen werden. Dagegen muß aber mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden, daß diejenigen, die am stärksten schreien, also die Kleinen, hiervon auch am meisten zu tragen haben. Es ist bei ihnen möglich und auch üblich, die Steuern auf die Konsumenten umzulegen, und zum anderen sind bekanntlich in Preußen 1500 Mk. des Ertrages steuerfrei. Ebenfalls sind Gewerbetreibende, die im Monat nicht mehr als 500 Mk. Lohn oder Gehälter zahlen, von der Lohnsummensteuer frei. Durch die angeführten Vergünstigungen sind in Preußen eine außergewöhnlich hohe Zahl Kleinbetriebe steuerfrei.

In Preußen gab es im Jahre 1927, und 1928 dürfte das Resultat ein ähnliches sein, nach dem Gewerbeertrag 1704 672 Betriebe, davon waren steuerpflichtig nach dem Ertrag 996 101. Von der Steuerpflicht befreit waren 708 571 oder 41,57 Proz. Nach dem Gewerbelcapital waren steuerpflichtig überhaupt 988 391, hiervon zahlten Steuern 252 537, von dieser Steuer befreit waren 735 854 oder 74,45 Proz. Gewerbelohnsummensteuerpflichtig waren insgesamt 730 994, Steuern zahlten 229 516, befreit waren 501 478 oder 68,6 Proz. Da sich für das Steuerjahr 1929 die schon erwähnten Vergünstigungen in Preußen erst voll auswirkten, so haben sich für dieses und die folgenden Jahre die Verhältnisse noch weiter zugunsten der Steuerfreiheit verschoben und die steuerfreien Betriebe sind noch mehr gestiegen.

Was zeigen uns die angeführten Zahlen? Gewerbeertragsteuer zahlen nur 58,43 Proz., Gewerbelohnsummensteuer nur 25,55 Proz., und Gewerbesteuerpflichtigen nur 31,41 Proz. der Gewerbesteuerpflichtigen. Die übrigen sind infolge der Vergünstigungen im preussischen Gewerbesteuergesetz von der Steuer befreit. Wird weiter beachtet, daß zu den Steuerpflichtigen sämtliche Einzelpersonen und Gesellschaften gehören, die einen Gewerbebetrieb betreiben, ganz gleich welcher Art, ob Kleinhandel, Kleinhandwerk oder Großindustrie, so ergibt sich, daß die Zünftler an dem Gesamtsteueraufkommen sehr schwach beteiligt sind.

Auswirkung der Arbeitslosigkeit

In der mit unzähligen Klein- und Zwergebetrieben stark durchsetzten Nahrungs- und Genußmittelindustrie wirkt sich die katastrophale Wirtschaftslage besonders stark einschneidend aus. Dort, wo die Industrie zusammengeballt ist und die Einwohnerschaft in den Orten zu einem sehr hohen Prozentsatz nur aus der Arbeiterschaft besteht, die heute unter einer großen Arbeitslosigkeit zu leiden hat, wird Handel und Wandel auf das stärkste in Mitleidenschaft gezogen. Wir konnten bereits berichten, daß der Ausfall des Arbeiterlohneinkommens durch die hohe Arbeitslosigkeit 1930 etwa 4 Milliarden Mark betragen wird. Bekanntlich verbraucht die Arbeiterschaft mehr als drei Viertel ihres Einkommens für den Bedarf an Lebensmitteln. Etwa 3 Milliarden gehen somit der Lebensmittelindustrie sowie dem Lebensmittelhandel zu einem großen Teil verloren. So erfolgte im Monat August in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ein Umsatzrückgang um 11 Proz. Größtenteils macht sich dieser Umsatzrückgang wiederum außerordentlich stark fühlbar im Bäcker- und Fleischergewerbe.

Wenn aber weiterhin bei den im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen ein Lohnabbau eintritt, so werden diese Industriezweige noch stärker in Mitleidenschaft gezogen. Das Unternehmertum in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat daher, wenn es den Tiefstand der Wirtschaftskonjunktur beseitigen will, alle Pflicht, den Bestrebungen auf Lohn- und Gehaltsabbau entgegenzuwirken. Es wird in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen, weil durch den Produktionsausfall und durch das ganz natürlicherweise einsetzende Borgsystem der Rückgang der Preise für die Rohstoffe nicht wettgemacht werden kann.

Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ berichtet

„In Nr. 47 der „Einigkeit“ vom 20. November 1930 ist unter der Überschrift „Unfair“ die Behauptung aufgestellt worden, die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ habe Gesellen die sich an die Zeitung um eine Arbeitsstelle gewandt hätten, nicht geantwortet, obwohl den Schreiben Rückporto beigelegt habe. Demgegenüber erklärt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ aufs bestimmteste, daß sämtliche Anfragen, die an die Zeitung gerichtet sind, beantwortet werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ihnen Rückporto beigelegt oder nicht.

Da es sich anscheinend um Stellenbewerbungen handelt, so liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei den an die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ gerichteten Briefen um Bewerbungen auf Chiffreinsertate handelt. Diese Bewerbungen werden selbstverständlich im

Original mit etwa beiliegendem Porto an die Inserenten weitergeleitet. Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ hat keine Möglichkeit, auf die Inserenten zwecks Beantwortung des Bewerbungschreibens einzuwirken.“

Wir sind der Redaktion der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ dankbar, daß sie zu dem in Nummer 47 der „Einigkeit“ veröffentlichten Artikel Stellung nimmt. Auch wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß unsere arbeitslosen Kollegen darüber Aufklärung erhalten.

Vermahlungsquote von Inlandweizen im Dezember

Am 24. November d. J. fand im Reichsernährungsministerium eine Aussprache über die Festlegung der Vermahlungsquote ab 1. Dezember statt. Zu dieser Sitzung war erstmalig auch der Verbandsvorstand geladen worden. Die Vertreter der Landwirtschaft verlangten Erhöhung der derzeitigen 80prozentigen Vermahlungsquote auf 90 bis 100 Proz. Die Vertreter der Mülerei, des Handels, der Bäckereien, der Konsumenten und unsere Verbandsvertreter sprachen sich gegen diese Forderungen der Landwirtschaft aus. Die Vertreter der Mülerei wiesen darauf hin, daß nach einer einwandfreien Statistik die Bestände an Inlandweizen nur zureichen würden für eine Durchschnittsquote von 54 Proz. für die restlichen Monate des Erntejahres. Schon die Aufrechterhaltung der jetzigen Quote für einen weiteren Monat würde das Ergebnis haben, daß für den Rest des Erntejahres nur noch eine Quote von 48 Proz. übrig bleibt. Insbesondere wandten sich aber die Vertreter der Binnenmülerei, die im allgemeinen Anhänger des Vermahlungszwanges sind, gegen die überspannten Forderungen der Landwirtschaft. Die Vertreter der Binnenmülerei wiesen darauf hin, daß bei einer Ueberspannung des Vermahlungszwanges gerade die Binnenmühlen am allermeisten darunter leiden würden, weil der zur Verteilung stehende Weizen im Frühjahr bereits verarbeitet ist und diese Binnenmühlen alsdann zum Erliegen kämen. Unser Vertreter wies darauf hin, daß die für die Monate Oktober und November festgesetzte 80prozentige Vermahlungsquote bereits zu erheblichen Schwierigkeiten in der Umdienung für die Mühle geführt hätte. Die Mühlen führen gegenüber ihren Arbeitnehmern lebhaft Klage darüber, daß infolge der Höhe der Vermahlungsquote nicht genügend Inlandweizen herangeschafft und infolgedessen Betriebseinschränkungen vorgenommen würden. Alle Vertreter traten im Gegenzug zu der Landwirtschaft dafür ein, daß die Vermahlungsquote hinfort auf 60 Proz. begrenzt werde.

Die Entscheidung des Reichsernährungsministers steht noch aus.

Jesuiten

Die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, versteht es in ausgezeichnete jesuitischer Art, zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie Stellung zu nehmen. Er hat wirklich keine Ursache, sich über Singheimer aufzuregen, denn dem Schiedsrichterkollegium gehörte doch bekanntlich als Vorsitzender der vom Reichsarbeitsminister ernannte Dr. Brauns an. Also der Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaften hat keineswegs dazu beigetragen, daß der Lohnabbau verhindert wurde. Nun wird bekannt, daß der erste von Dr. Böllers gefällte Schiedsspruch auf Bestellung des Reichsarbeitsministers Stegerwald erfolgte.

Dieser Vorgang muß die Arbeiterschaft sehr eigenartig berühren, wenn von einem früheren christlichen Gewerkschaftsführer alles eingesetzt wird, um die Schlichter zu bearbeiten, daß sie einen Lohnabbau beschließen. Es ist daher eine Ungezogenheit sondergleichen, wenn „Der Deutsche“ versucht, sich an Singheimer zu reiben. Der Zweck dieses Artikels liegt auf der Hand, es soll dadurch die bereits bestehende Empörung in den Kreisen der freien Gewerkschaften noch mehr geschürt werden, um schließlich den christlichen Gewerkschaften Zutreiberdienste leisten zu können. Mit dieser jesuitischen Einstellung werden weder „Der Deutsche“ noch die christlichen Gewerkschaften Glück haben.

Vorschläge zur Aenderung des Branntweinmonopols

Das Branntweinmonopol ist, besonders in letzter Zeit, das Sorgenkind der Finanzverwaltung. Durch die anhaltend starke steuerliche Belastung des Trinksprites ist der Verbrauch derartig stark zurückgegangen, daß die Steuerquelle, die bisher immer noch annehmbare Erträge abwarf, zu versiegen droht. Hinzu kommt noch, daß sich der Verbrauch von Spiritus, der zu Verkaufspreisen abgesetzt wird, erheblich vermehrt hat. Diese und noch einige andere Ursachen brachten das Monopol in Schwierigkeiten, die durch kleine im Laufe des Jahres erfolgte Wänderun-

gen nicht behoben werden konnten. Nunmehr über gibt der Rechnungshof aus Anlaß der Prüfung des Geschäftsberichtes der Reichsmonopolverwaltung der Öffentlichkeit Abänderungsvorschläge, die wir, weil sie besondere Beachtung verdienen, nachstehend zum Ausdruck bringen.

1. Ersetzung des Beirates durch einen Verwaltungsrat mit eigener Verantwortung für die gefassten Beschlüsse.

2. Erweiterung der Selbständigkeit des Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung durch Voderung seines jetzigen Abhängigkeitsverhältnisses vom Beirat und eine auf die kaufmännischen Belange rücksichtnehmende feste Abgrenzung des Aufsichtsrechts des Reichsministers der Finanzen.

3. Die Beseitigung der Uebertragbarkeit des Brennrechts zur Verhinderung der Aufrechterhaltung solcher Brennrechte, die infolge Einstellung von Brennereibetrieben an sich erlöschen würden, die Erteilung neuer Brennrechte nur im Falle eines dringenden Bedürfnisses.

4. Schärfere Heranziehung der Brenner zur Mittragung des Verlustes beim Absatz von preisbegünstigtem Branntwein.

5. Hebung des gewinnbringenden Absatzes von Branntwein durch schärfste Bekämpfung des Branntweinschmuggels und der Schwarzbrennerei.

Besondere Bedeutung erlangt der dritte Vorschlag, der auch sehr leicht durchgeführt werden kann. Wie aus den kürzlich veröffentlichten Enqueteberichten hervorgeht, sind fast die Hälfte von den landwirtschaftlichen Betrieben, die ein Brennrecht besitzen, nicht auf dieses angewiesen, da ihr Boden sich auch zum Anbau von anderen Feldfrüchten eignet. Eine Entziehung des Brennrechtes bei diesen Betrieben würde keinen Schaden anrichten, der Monopolverwaltung aber die Uebernahme großer Mengen Sprites, der immerhin ziemlich hoch im Preise steht, ersparen.

Auch der sechste Punkt verdient, daß er durchgeführt wird. Wie aus den zahlreichen Spritschmuggelprozessen der letzten Zeit ersichtlich ist, würde sich die intensive Verhinderung der Schwarzbrennerei und des Schmugglerunwesens außerordentlich lohnend gestalten.

Nur Brotpreissenkung, wenn das Nachtbackverbot verschwindet

Als Gegenleistung für eine Senkung des Brotpreises verlangen die Berliner Brotfabrikanten die Aufhebung des Nachtbackverbots. Die Herrschaften mitern Morgenluft und glauben die Zeit für einen Generalangriff auf die Sozialgesetzgebung für gekommen. Die kapitalistische Presse, vor allem die „Berliner Börsen-Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine“, das „Berliner Tageblatt“ und andere leiten den Brotfabrikanten Helferdienste. Unter dem Motto: „Schafft billiges Brot, beseitigt das Nachtbackverbot!“ wird der alte Schwindel aufgewärmt, daß das Nachtbackverbot das Brot verteuere. Den Beweis für diese Behauptung können sie jedoch nicht antreten. Es wird immer von Kohlenersparnis, neuerdings von Lichtersparnis gesprochen. Man soll uns doch einmal den Nachweis dafür erbringen. Daß die Brotfabrikanten für ihre Behauptungen keine Unterlagen besitzen, beweist wohl am besten folgende Aufstellung:

In den letzten Jahren wurde immer behauptet, daß bei einer Aufhebung des Nachtbackverbots der Brotpreis um 10 Proz. gesenkt werden könnte. In einem Schreiben vom April dieses Jahres wird nun die Senkung mit 4,9 Proz. angegeben, jetzt in der Pressekampagne werden 4 Proz. genannt. Dieselbe Stelle, die im April noch mit 4,9 Proz. operierte, behauptet heute, daß eine Verteuerung von 6 bis 8 Proz. eintrete. Aus diesem Widerspruch zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Herrschaften selbst nicht wissen, was sie behaupten, und nur Behauptungen aufgestellt werden, um zum Ziel zu kommen. Daß man bei Nachtarbeit auch Lichtersparnisse machen kann, ist wohl eine Erfindung der Brotfabrikanten und trifft wohl nur auf ihre Tätigkeit zu, die sie während der Nacht ausüben.

Selbst die Behörden lassen sich von dem Schwindel der Brotfabrikanten einfangen. In den letzten Tagen haben wiederholt Konferenzen wegen der Frage Nachtbackverbot und Brotpreis stattgefunden. Daß es den Brotfabrikanten nur darum zu tun ist, den geheiligten Preis zu schützen, zeigt wohl am besten das Vorgehen der Berliner Brotfabrikanten. Die Innungsbäckermeister haben in Berlin den Brotpreis um 4 Pf. für das 2½-Pfund-Brot gesenkt, die Brotfabrikanten nur um 2 Pf. Erst dann soll um weitere 2 Pf. gesenkt werden, wenn sie den Bäckerarbeitern die Nachtarbeit wieder aufgehört haben. Die selben Leute, die fast immer vom Terror der Gewerkschaften schreiben, zeigen, daß sie selbst die größten Terroristen sind. Die preußische Regierung hat gegen die Brotfabrikanten die Kartellverordnung anzuwenden müssen. Ausschüsse aus dem Brotfabrikanten-Berband sind erfolgt, weil man das Brot zu einem niedrigeren Preis verkauft, also den Beweis dafür erbracht hat, daß es billiger abgegeben werden kann. Der Vorsitzende des Brotfabrikanten-Berbandes, Hähne, droht denen, die unter dem festgesetzten Preis verkaufen, mit Vernich-

tung ihres Betriebes, wie aus einem im „Berliner Tageblatt“ vom 21. November abgedruckten Brief hervorgeht. Ohne die Aufhebung des Nachtbackverbots kann man den Brotpreis nicht senken, aber um die Konkurrenz zu schlagen, will man noch 2 Pf. unter den Preis der Konkurrenz gehen und droht damit, daß die anderen es bestimmt länger aushalten als diejenigen, die ihren Preis den Marktverhältnissen bereits angepaßt haben.

Die Bäckerarbeiter haben bis jetzt ihr Schutzgesetz verteidigt und werden es auch in Zukunft verteidigen, mögen die Angriffe herkommen, woher sie wollen.

Bierverbrauch in England

Die britische Regierung hat im Laufe des letzten Jahres die steuerlichen Lasten auf alkoholische Getränke erheblich erhöht. Der Alkoholkonsum hat, dem Anfang des Verbrauches nach, kaum wesentliche Veränderungen erfahren. Dagegen haben sich unter dem steuerlichen Druck die Getränke in ihrer qualitativen Zusammensetzung geändert. Besonders umfangreich ist in Großbritannien der Bierkonsum. Trotz der hohen Abgabenlasten wurden im letzten Jahre in Großbritannien noch immer 4 Millionen Hektoliter Bier getrunken. Nach der letzten wirtschaftlichen Enquete bestehen in Großbritannien 79 000 Schankstätten, 12 000 Klubs und 22 000 Verkaufsstellen für alkoholische Getränke, in denen fast überall Bier abgegeben wurde. Wenn auch seit der Vorkriegszeit durch die unentwegt gesteigerte Besteuerung die Anzahl der Schankstätten zurückging, so kommt doch nach dem augenblicklichen Konsumstand im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte noch immer auf 550 Einwohner eine Schankwirtschaft. Eigenartigerweise ist der Bierkonsum in den einzelnen britischen Ländern sehr unterschiedlich. In England wird erheblich mehr Bier getrunken als in Schottland. Während hier auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre ein Verbrauch von 1 Hektoliter kommt, steht der entsprechende Verbrauch Schottlands in der gleichen Zeit nur auf 30 Liter.

Großbritannien führte im letzten Jahre etwa 573 000 Hektoliter Bier aus. Fast ausschließlich gingen die englischen Bierexporte nach britischer Oberhoheit unterstehenden Kolonialmärkten. Der Wert der Exporte macht etwa 36 Millionen Mark aus. Die britische Bierbrauerei befaßt sich vorzugsweise mit der Produktion schwerer Biere. Da nun aber die Biersteuer nach dem spezifischen Gewicht erhoben wird — sie beträgt 100 Mark je Faß (Standardfaß von 162 Liter Inhalt) bei einem spezifischen Gewicht von 1055 —, hat man sich entschlossen, um dem steuerlichen Druck erfolgreich im Interesse des Absatzes auszuweichen, das Bier schwächer einzubrauen. Augenscheinlich umfaßt das Durchschnittsgewicht daher zum meist 1043. Die Besteuerung ermäßigt sich damit auf 2,18,16 Pfund Sterling. Dieser Satz errechnet sich auf dieses Maß, weil, unabhängig vom Gewicht, jetzt für jedes Faß ein Steuerabzug von 1 Pfund Sterling gewährt wird.

Arbeitsleistung und Arbeitslohn in den Konditoreien

Im letzten Jahre wurde verschiedentlich Gelegenheit gegeben, in aller Öffentlichkeit zu zeigen, wie weit auf sachlichem Gebiet bei der Herstellung von Konditorwaren Fortschritte zu verzeichnen sind. Ganz besonders zeigte die Fachschau anlässlich der Reichstagung des Konditorenverbandes in Breslau im Juni und die letzte Konditormesse in Berlin, welche hervorragenden Leistungen vollbracht wurden. Auf beiden Veranstaltungen waren die ausgestellten Waren und Schaustücke zu 90 Proz. von den Gehilfen angefertigt nur wenige Stücke waren von den ausstellenden Handwerksmeistern selber hergestellt. Die Presse wie Tausende von Besuchern dieser Ausstellungen haben sich lobend und anerkennend über die ausgestellten Waren ausgesprochen. Nirgends wurde die Frage aufgeworfen, ob die Hersteller dieser hervorragenden Arbeiten auch entsprechend ihren Leistungen entlohnt werden und ob ihre praktischen und theoretischen Kenntnisse, die oft auf jahrelange Erfahrungen und den Besuch von Fachschulen gestützt sind, entsprechend bewertet werden. Leider liegen auf diesem Gebiete die Verhältnisse noch sehr darnieder. Die Ursachen sind folgende:

Der schwer auszurottende Standesdünkel, der in dieser Berufsgruppe seinen Nährboden darin findet, daß 90 Proz. aller gelehrten Konditoren aus Kleinbürgerlichen und Beamtenfamilien hervorgegangen sind und das Organisationsverhältnis, daß absolut kein einheitliches ist und an Stärke noch sehr zu wünschen übrig läßt. Wenn auch bereits in fast allen Großstädten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen durch Tarifverträge geregelt sind, so bedeutet das für die Durchführung der Tarifverträge oder sonstiger gesetzlicher Bestimmungen absolut nichts. Auch bei den Konditorgehilfen dürfte der Gang der Verhältnisse trotz ihrer Zusammenfassung nicht haltmachen. Die fortschreitende Proletarisierung, be-

günstigt und beschleunigt durch die prekäre Wirtschaftslage, zwingt alle Arbeitnehmer, sich klar zu entscheiden und die Waffen in Anwendung zu bringen, die ihnen durch ihre Organisation zur Verfügung stehen. Eine abwartende und passive Haltung wäre der erste Schritt zur wirtschaftlichen Verelendung auf der ganzen Linie. Nur ein fester Zusammenschluß im Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter kann allen Gefahren ein Paroli bieten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Angestellter für die Ortsgruppe Regensburg gesucht. Infolge Uebertragung der Arbeiten im Bezirk Regensburg auf den Kollegen J. Wankel ist der von Wankel bisher verwaltete Posten frei geworden. Er ist neu zu besetzen. Kollegen, die dem Verband mindestens fünf Jahre ununterbrochen angehören, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und sich den Anforderungen eines Ortsgruppenführers nach jeder Richtung gewachsen fühlen, wollen ihre Bewerbung nebst einem kurzen Lebenslauf bis zum 20. Dezember 1930 an den Verbandsvorstand einreichen. Es wird bei der Anstellung auf ein Mitglied aus der Getränkeindustrie reflektiert.

Der Verbandsvorstand: E. B a c e r t.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 23. November 1930 bis 29. November 1930.

(Postfachkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)

Ortsgruppen:

Goslar 250,—, Greiz 300,—, Homtin 500,—, Ebbau 500,—, Memmingen 400,—, Radolfszell 400,—, Roldau 26,—, Chemnitz 2,10, Berlin 250,—, Füllenswalde 400,—, Öpplingen 300,—, Nienburg 200,—, Oldenburg 2000,—, Saalfeld 66,—, Bamberg 300,—, Pöhl 150,—, Schwetzingen 420,—, Weigenfels 800,—, Wilmster 700,—, Friedl 300,—, Saarn 500,—, Trier 26,50, Hof 1000,—, Ulm 29,—, Rosenheim 500,—, Sangerhausen 350,—, Berlin 29,60.

Sonstiges:

Münster 2990,70 und 3950,80, Weihen 68,40, Breslau 13,20, Berlin 8,— und 13,—, Wien 41,70, Berlin 1,20, Mainz 15 000,—, Wien 8,95, Samsburg 40,—, Saalfeld 150,—, Bremen 1,33, Berlin —,79, Hannover 2,80, Rastingen 8,40, Vöhr 95,—.

Korrespondenzen

Freiburg i. Br. Die Ortsgruppe veranstaltete am 22. November eine wohlgelungene Familienunterhaltung mit Jubilarehrung. Bezirksleiter Kollege Bieber hielt eine Ansprache, bei der zum Ausdruck kam, daß sich alle Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft und ihre Einrichtungen verschworen hätten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verbunden mit Lohnabbau sind die Merkmale, in der gesamten Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. In solchen schweren Zeiten müßten sich die Kollegen und Kolleginnen enger und fester zusammenschließen in ihrer kampferprobten Gewerkschaft, um alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen, abzuwehren.

Verbandsjubiläum Kollege Gustav Peter, Bäcker, der 25 Jahre Mitglied ist, wurde durch Ueberreichung einer künstlerischen Ehrenurkunde durch den Hauptvorstand und namens der Ortsgruppe Freiburg geehrt. Dabei erinnerte Kollege Popp an die traurigen Zustände vor 25 Jahren, wie sie im Nahrungsmittelgewerbe allgemein und im Bäckergewerbe insbesondere herrschten. Wenn diese Verhältnisse grundlegend geändert worden sind, so ist das in erster Linie unserem Verbands, und nicht zuletzt den alten Pionieren, die bis heute der Organisation die Treue bewahrten, zu verdanken. Er forderte die jüngeren Kollegen auf, sich ein Beispiel an den Alten zu nehmen und das Erbe, das sie einst antreten müssen, auch entsprechend zu verwalten und zu schützen. Durch die sehr schön verlaufene Feier ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ortsgruppe gestärkt worden.

Gewerkschaftl. Rundschau

Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Der diesjährige Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Arbeitszeit und der Behandlung der Arbeitslosigkeit. Der Kongress brachte zum Ausdruck, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit nur zum Teil beseitigt werden könnte. Neben der Arbeitszeitverkürzung müsse vor allem das Lohnneinkommen der Arbeiter gehoben werden; denn dadurch wäre es möglich, daß sie selbst am Umsatz ihrer eigenen Produkte teilnehmen. In einer Resolution wurde der Fünftagewerkschaft zu je zwei Schichten je fünf Stunden verlangt, währenddem die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch den Staat abgelehnt wurde. Der amerikanische Arbeiter, so wird betont, sieht in der Arbeitslosenunterstützung Almosen, die seiner unwürdig sind, und dann würde es mit seiner erworbenen Freiheit zu Ende sein und einer Unterstellung unter die Staatsbehörden gleichkommen. Im Gegensatz hierzu sprach sich aber der Kongress für die Einführung einer generellen Altersversicherung aus, die bisher jedoch das Bezugsalter zwischen 65 und 70 Jahren festlegt.

46. Kongress des Kanadischen Gewerkschaftsbundes. Nach einem dem Kongress vorliegenden Bericht konnte die kanadische Landeszentrale im Berichtsjahr 12 249 neue Mitglieder gewinnen. Seit dem Jahre 1926 stieg die Mitgliederzahl um 38 870, so daß die Gesamtmitgliederzahl 139 000 beträgt. Auch die Lohnverhältnisse stiegen gleich günstig. Der Kongress beschäftigte sich mit Fragen der Gesetzgebung, die deshalb so schwierig sind, weil sich die Gesetze über viele Provinzen erstrecken. Gefordert wurde, die Arbeitslosigkeit

zu bekämpfen, insbesondere die strikte Durchführung des Achtstundertages. Neben Zoll- und Wirtschaftstragen verlangte der Kongress das Einlösen der Versprechung der Regierung, die Altersversicherung einzuführen. Es wird auch verlangt, allen Pensionären medizinische und ärztliche Hilfe zu gewähren. Weiter wird verlangt, die privaten Arbeitsnachweise abzuschaffen und dafür unentgeltliche Arbeitsvermittlungen zu schaffen. Durch angenommene Resolutionen trat der Kongress weiter für bezahlten Urlaub, nationale Regelung des Unfallchuzes, für Mutterurlaub, Zulagen, der Förderung der Arbeitsstatistik und Einführung des Systems der Gewerkschaftsmarken ein.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Arbeitsmarktlage. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die erste Hälfte des Monats November ergibt sich eine weitere bedeutende Zunahme der Arbeitslosen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg in der Berichtszeit um rund 100.000 auf 1,66 Millionen. Die Zahl der Arkenumerierungsempfänger hat sich um rund 27.100 auf 537.000 erhöht. Beide Unterstützungseinrichtungen sind demnach mit rund 2,2 Millionen Personen belastet. Die Zahl der überhaupt verfügbaren Arbeitsuchenden ist in den ersten zwei Wochen ebenfalls stark angestiegen, nämlich um 230.000 auf 3.484.000. Die in der Berichtszeit erfolgte Zunahme der Arbeitslosenziffern entfällt zu zwei Drittel auf die Saisonaußenberufe und zu einem Drittel auf die übrigen Berufsgruppen. Daraus ergibt sich, daß in Anbetracht der außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit, die während des ganzen Jahres in den Außenberufen herrschte, die weitere Zunahme in diesen Berufen wesentlich schwächer sein wird, denn wo fast nur noch die Hälfte der Berufsangehörigen in Arbeit stehen, können Entlassungen nur noch in beschränktem Umfang eintreten.

Arbeitslosigkeit in Italien. Italien hat ein großes Interesse daran, keine genauen Angaben über die im Lande herrschende Arbeitslosigkeit zu machen. Der Grund dazu liegt in dem Bestreben, das in diesem Lande herrschende politische System nach außen hin in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen. Nach den neuesten amtlichen Ziffern stieg die Zahl der Arbeitslosen im Oktober um 42.000 auf 447.000. Diese Zahl umfaßt aber nur die Hälfte der wirklich vorhandenen Arbeitslosen. Unterstützung erhalten etwa 150.000 Personen. Die Unterstützungssätze bewegen sich zwischen 1,50 bis 2,50 Lire pro Tag, das sind nach deutschem Geld 35 bis 55 Pfennig.

Spiritusbeimischung und Benzinmonopol. In der Zwangslage, in der sich angesichts der riesigen Bestände und des auf 70 Prozent festgesetzten Brennwertes die Branntweinmonopolverwaltung befindet, hat das Reichsfinanzministerium veranlaßt, die Majorität der Reichsratspräsidenten O. M. B. an eine Gruppe von privaten Benzinfirmen zu übertragen. Die Uebergabe ist unter der Bedingung erfolgt, daß die Benzinfirmen den auf Grund der Beimischungsverordnung beizumischenden Spiritus auch wirklich abnehmen. Bisher ist das nicht geschehen, da in der Verordnung ein Rückgaberecht enthalten ist. Mit der Ueberführung der Reichsratspräsidenten-Gesellschaft in private Hände ist ein weiterer Schritt zum privaten Benzinmonopol erfolgt, der nicht begrüßt werden kann, auch wenn dadurch das Branntweinmonopol verübergehend aus einer ihr unangenehm werdenden Situation befreit worden ist.

Fort mit dem Einfuhrzoll für Obst! In diesem Jahre ist die Obsterte in Deutschland infolge der Witterungsverhältnisse nicht besonders gut, so daß der Ausfall den Bedarf an Mostobst kaum decken wird. Hinzu kommt, daß die anhaltende Obstknappheit die Obstpreise gewaltig in die Höhe getrieben hat. Gegen das Vorjahr erfuhren sie eine Steigerung von 200 Prozent. Unter diesen Umständen sind auch die Obst- und Obstweinfelder stark in Mitleidenschaft gezogen und auf die Einfuhr ausländischen Mostobstes, auf dem ein verhältnismäßig hoher Einfuhrzoll lastet, angewiesen. Im Interesse unserer in diesen Berrieben beschäftigten Mitglieder fordern wir die Beseitigung des Einfuhrzolles für Mostobst, aber auch schon deswegen, weil wir grundsätzliche Gegner aller Einfuhrzölle sind.

Speisefettverbrauch. Der Verbrauch an Speisefetten ist in Deutschland in der Nachkriegszeit bedeutend gestiegen. Der Speisefettverbrauch im Jahre 1929 wird auf rund 1,2 Millionen Tonnen geschätzt. Davon entfallen 39,8 Proz. auf Butter, 36,4 Proz. auf Margarine, 17,2 Proz. auf Schmalz, 2,9 Proz. auf unermischte pflanzliche Speisefette, 1,6 Proz. auf Kunstspeisefette und 2,1 Proz. auf Rindertalg. Dazu kommen noch etwa 90.000 Tonnen Salatöle und eine Einfuhr von 12.000 Tonnen Olivenöle, deren Verwendung aber gar nicht genau bekannt ist. Die folgende Uebersicht zeigt die Gesamtmenge und den Anteil der Eigenproduktion und der Einfuhr (in Tonnen):

	Gesamtmenge	Eigenproduktion	Einfuhr
Butter	485 000	350 000	135 000
Margarine	445 000	120 000	325 000
Schmalz	210 000	113 500	96 500
Verm. Speisefette	35 000	—	35 000
Talg	25 000	25 000	—
Kunstspeisefette	20 000	—	20 000

Etwa 50 Proz. des Speisefettverbrauchs werden vom Auslande bezogen. In den Einfuhrmengen sind auch die Rohstoffe, die zur Gewinnung von Speisefetten eingeführt werden, enthalten. Diese sind bei Margarine besonders hoch.

Genossensch. Rundschau

Konsumvereine und Preisabbau. Es ist hinlänglich bekannt, daß bei der praktischen Durchführung des Preisabbaues „einer“ auf den „anderen“ wartet und daß dabei Angriffe auf die Konsumvereine nicht ausblieben. Ebenso bekannt ist, daß die Konsumvereine schon von jeher preisregulierend wirkten. So erst jenkten sich seit mehr als Jahrzehnten ihre Preise bis zu 40 Proz. Dafür nur einige Beispiele: Die Seifenpreise der Konsumvereine, die schon 1925 unter denen der Privatindustrie lagen, sind um 30 Proz. gesenkt worden. Der Preis des Waldmittels „Famos“, das in eigenen Betrieben hergestellt wird, lag bisher schon 10 Proz. unter dem Preis der Markenartikel. Für die Spezialkerntee war der Preis um 16 Proz. niedriger als gleichartige Markenartikel. Der Umsatz der G. G. Seifenfabriken betrug in den letzten fünf Jahren 63 Millionen Mark. Bei einer um 10 Proz. geringeren Abgabe an die Mitglieder ersparten die Verbraucher allein an diesem Artikel 6,3 Millionen Mark. Nach den Feststellungen der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen war bereits in der Zeit vom Januar bis September 1929 der Bruttoverkaufspreis für ortsübliches Brot je Kilogramm in Magdeburg um 2 Pf., mit der Rückvergütung um 3 Pf., in Berlin um 4 Pf. bzw. 5 1/2 Pf., in Mannheim um 4 Pf. bzw. 6 Pf., in Essen um 4 Pf. bzw. 6 1/2 Pf., in München um 8 Pf. bzw. 10 Pf., in Köln um 7 1/2 Pf. bzw. 9 1/2 Pf. billiger als in den Durchschnittsbädereien. Bei den Fleischpreisen und der Milch liegen die Verhältnisse ebenso. Die Behauptung, daß sich die Konsumgenossenschaften nicht dem Preisabbau anpaßten, wird durch diese Tatsachen am besten widerlegt!

Derwoog Verbandstag. Der Revisionsverband gemeinnütziger Baugenossenschaften, die Dachorganisation der den freien Gewerkschaften nahestehenden Baugenossenschaften und Gewerkschaften, hielt am 14. November in Magdeburg ihren 7. Verbandstag ab. Auf dieser Tagung, die vom Magdeburger Oberbürgermeister begrüßt wurde, referierte der ehemalige Reichsarbeitsminister Wissell über die Zukunft des Kleinwohnungsbaues und die Lage des Arbeitsmarktes. Seine Ausführungen, die sich besonders mit dem von der Regierung vorgelegten Wohnungsbauprogramm befaßten, zeigten, daß in den nächsten Jahren noch mit einer Verschärfung der Wohnungskrise zu rechnen ist. Erst vom Jahre 1941 an wird ein wesentliches Sinken des Haushaltzuwachses und damit des Wohnungsbedarfes eintreten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Feststellung Wissells, daß es die freien Gewerkschaften gewesen sind, die ein 5-Jahres-Programm für den Wohnungsbau verlangten, um die Hauszinssteuer in ihrer alten Höhe für diese Zeit zu sichern. Die Regierung hat diese Forderung unbeachtet gelassen und in ihrem Programm 3 Milliarden Mark an Hauszinssteuer dem Wohnungsbau entzogen.

Landtagsabgeordneter Dr. Düggemüller sprach über den gemeinnützigen Kleinwohnungsbauprogramm und seine Aufgaben. Er schilderte, wie die Gegner einer Neuordnung der Wohnungswirtschaft mit allen Mitteln dem entgegenwirken, indem sie sich auf Mißgriffe von geringerer Bedeutung stützen. Berichtigungen dieser Art gilt es abzuwehren. Anschließend sprach Stadtverordneter Plumbach, Magdeburg, über den Magdeburger Kleinwohnungsbauprogramm, der ausschließlich in den Händen der gemeinnützigen Baugenossenschaften liegt und die wirtschaftliche und kulturelle Existenzberechtigung der Baugenossenschaften voll erwiesen hat.

In einer angenehmen Entschließung wird gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte Drohung des Wohnungsbaues scharfster Protest erhoben und gefordert, öffentliche Mittel im bisherigen Umfang nur an anerkannt gemeinnützige Bauherren zu geben. Weiter wird verlangt Verwendung der öffentlichen Mittel nur zur Finanzierung von gesundheitslich und technisch einwandfreien Kleinwohnungen in angemessener Größe mit einer für die minderbemittelte Bevölkerung tragbaren Miete.

Genossenschaftliche Organisationen

Tagung der christlichen Gewerkschaften. Als die Regierung Brüning-Siegerwald mit ihrem Regierungsprogramm an die Öffentlichkeit trat, waren es die christlichen Gewerkschaften, die sich bereiteten, die Regierungspolitik zu verteidigen. Man scheute sich sogar nicht, zu behaupten, daß die Maßnahmen Brüning-Siegerwalds lediglich eine Fortsetzung der vom sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell angestrebten Politik sei.

Nachdem die Auswirkungen der Regierungspolitik in ihren Folgen für die Arbeiterschaft katastrophal sind, finden endlich die christlichen Gewerkschaften die Sprache wieder. Auf ihrer Tagung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ nahmen sie zum Regierungsprogramm Stellung (zu einer Zeit, wo es schon beinahe durchgeführt ist) und verurteilen die Preislenkung durch Lohnkürzung. Scharie Krüff wird insbesondere über die übereilten Lohnabbauversuche der Regierung geübt, während sie selbst davon überzeugt sind, daß sich ein Preisabbau nicht mit der gleichen Schnelligkeit erreichen läßt. Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen dem „Deutschen Gewerkschaftsbund“ und ihren Regierungsvertretern ist vernichtend. Was muß es denn auch, wenn die Tagung nachträglich feststellt, daß das Regierungsprogramm eine Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft darstellt, wenn vorher eine solche Politik ausdrücklich für richtig befunden wurde. Aus diesem Grunde kommt der Tagung nicht die selbstverständliche Bedeutung zu: denn ihre Proteste werden rauch- und schalllos verflungen.

Schließlich beherrschte sich die Tagung noch mit der Umgestaltung der Sozialpolitik, über Sozialpolitik und Sozial-

reform und die Selbstverwaltung der Sozialpolitik. Aber auch hier ist die verspätete Stellungnahme des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ ebenso verfehlt; denn die deutsche Sozialgesetzgebung ist durch die Notverordnung bzw. durch das Regierungsprogramm schon beträchtlich beschnitten worden.

Kurs der gelben Bädergefallen. Das die gelben Bädergefallen weiter nichts sind als ein Anhängel der nationalen Parteien und eine Schutztruppe des Unternehmertums, ist längst kein Geheimnis mehr und trat ganz besonders in Erscheinung bei der letzten Reichstagswahl, wo sie offen für die reaktionären Parteien (Deutschnationale, Wirtschaftspartei u. a.) eintraten. Sie begrüßten es sogar mit Freuden, daß die Nazis einen ihrer Kollegen, einen Konditor, in den neuen Reichstag entsandten. Diese Errungenschaft scheint ihnen den Kopf noch mehr zu verdrängen. Als in den letzten Tagen die Geschäftsleute in dem Orte Hemelingen bei Bremen eine Protestversammlung gegen die organisierte Arbeiterschaft, die es „wagte“, in einem Rundschreiben zu behaupten, daß bei der Wahl am 14. September die Mehrheit der Geschäftsleute Nazis gewählt hatten, abhielten, trat in der Diskussion der Bädergefallen Brandes auf, um die Meister gegen den „roten Terror“ in Schutz zu nehmen. Mit Pathos erklärte er, daß er sich mit Stolz zum Nationalsozialismus bekenne. Dieser Mann spielt in der gelben Bewegung, nicht nur im Kreise Achim, wo er sich „Führer“ nennt und Mitglied des Gesellenausschusses ist, eine Rolle, sondern beglückt auch Bremen.

Literatur

Reichsbund-Asienkalender 1931. Herausgegeben vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsgeheimen, Berlin G. 2. Dieser Kalender, der außer dem Kalenderium auf 54 Textseiten außerordentlich reichhaltiges Material über die Berichtsangelegenheiten der Kriegsopfer enthält, ist zum Preise von 60 Pf. nur vom Reichsbund zu beziehen.

Die goldene Galerie. Von Aris Fosenfeld. Poman, 214 Seiten. Preis broschiert 3,40 Mk. in Leinen 4,80 Mk. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 30. In diesem Roman des erfolgreichen Schriftstellers Fosenfeld wird das Reich des Filmbüro in den Vordergrund gestellt, und in vorläufigen Partien gezeichnet, wie gerade hier das Geschäft über den Geist triumphiert. Der besondere Vorzug dieses Romans ist die in ihm enthaltene Aufklärung der proletarischen Massen über das wahre Gesicht der kapitalistischen Filmproduktion. Allein dieser Umstand genügt, um diesem Buch eine recht weite Verbreitung zu wünschen.

Der gute Ton. Von Konstantin von Frank. 2. Auflage. 304 Seiten. Herausgegeben von Max Hesses Verlag, Berlin-Schöneberg. Dieses Buch, das bereits in 300.000 Exemplaren vertrieben wurde, enthält viel nützliche Ratschläge, die den Verkehr der Menschen im täglichen Leben erträglicher und besonnener gestalten. Eine ganze Reihe davon sind allerdings nur für die sogenannte bessere Gesellschaft geschrieben, doch machen diejenigen Ratschläge, deren man sich auch in anderen Kreisen zu bedienen pflegt, das Buch noch immer lesenswert.

Aus der Art geschlagen. Reiseberichte eines Arbeiters. Von Adam Scharrer. 275 Seiten. Preis in Leinen 4,80 Mk. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin G. 2. In diesem Roman wird die Geschichte eines Soldaten erzählt, der infolge Verbandslosigkeit seiner Eltern in die Fremde geziehen wird und dort in Spielarten, Obskurditäten und im Gefängnis die merkwürdigsten Gestalten kennen lernt. In der jetzigen Zeit, in der das Wanderbüchereien leben und die damit verbundene Erweiterung des Geschäftskreisles so gut wie hinfällig geworden ist, wird dieser Roman besonders von der Jugend herzlich aufgenommen werden.

Nachruf!
Am Mittwoch, dem 19. Nov. 1930 verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Reichsruft
Karl Rühl.

35 Jahre lang hat er der Organisation des Leuzow-Jahreslaufes hat er in jedem, nimmermüdem Eifer den früheren Leiter- und Geschäftsführer-Verband als Kassierer mit geleitet. Auch im neuen Verband hat er uns als Sektionsleiter treu zur Seite gestanden.
Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Die Ortsgruppe Seitz.

Nachruf!
Am 27. November verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriger Mitglied, der Bäder-Kollege
Ernst Friedrich
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unserer Kollegen **Ernst Rühl** nach ihrem lieben Mann die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Max Siegmund**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Ortsgruppe Seitz.
Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Verbands- und Arbeitskollegen **Josif Kraus** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Passau.

Unsern lieben Kollegen und Mitarbeiter **Herbert Rühl**, Jahrbuch, zu seinem 40-jährigen Arbeitsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.

Unsern Kollegen **Ernst Rühl**, Jahrbuch, und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Ortsgruppe Seitz.



FRAUENRECHT



Bäckermeister Hempels

Nachfolger



IV.

Das Ende war so gewesen, daß sich schließlich die zwei, die sich nun nach langen Jahren gefunden hatten, fast einen Liebesantrag machten. Freilich nur wiederum sehr problematisch, denn er liebte seine Frau nicht minder als vorher. Aber diese stille Liebe hatte ihm doch etwas ganz Wunderbares gegeben. Der Betreffende hatte es ein schönes reines Glück genannt, eine Fülle von Freude, die sich auch seiner Frau gegenüber zeigte. Er bekam ein viel herzlicheres Verständnis für die Frau, sogar seine Arbeit sei davon günstig beeinflusst worden.

Die zwei Duzend Verbandskollegen hatten diese Geschichte mit offenen Mündern entgegengenommen. Carolus selbst ging sie lange im Kopf herum, er wollte sie für sein Ver-



hältnis zu Ella Hempel benutzen, aber irgendwie hatte diese Rechnung doch ein Loch.

Carolus dachte sich an die Stelle des Mädchens seine Martha Hammer, die Ehefrau war natürlich Ella Hempel. Das schien ihm alles so einfach, daß er beinahe froh war. Er hätte gern gewußt, ob diese Geschichte, die der Kollege Arnould erzählt hatte, die reine, absolut lautere Wahrheit sei. Er stellte deshalb unter vier Augen an den Erzähler noch allerlei Fragen, die dieser indessen mit der natürlichen Antwort abtat, daß die Geschichte, so einfach und schlicht sie an sich wäre, doch nicht geeignet sei, nun in einzelne Kapitel zerlegt zu werden. Er habe sie auch nur erzählt, um zu zeigen, in wie vielfacher Gestalt die Liebe ins Leben eines Menschen tritt.

Aber fängt man erst an, Seelenanalyse zu treiben, dann geht es wie bei einem bunten Schmetterling, der seine Staub bleibt an den Fingern heften und das, was übrig bleibt, ist nicht mehr schön.

Fast verträumt ging Carolus an diesem Abend nach Hause.

Die Bäckerin Ella ließ Carolus aber in der nächsten Zeit nicht zu sehr zur Besinnung kommen. Es war, als ob sie jetzt erst zum Leben erweckt worden wäre. Dabei wuchs ihre Eifersucht von Tag zu Tag. Sie konnte noch nicht einmal seinen Dienstagsausgang leiden, weil sie Angst hatte, er könne dabei von ihr abgelenkt werden. Carolus war also nicht verheiratet, aber in bezug auf seine persönliche Freiheit war er noch schlimmer daran, als ob er in Ehefesseln schmachtete.

Inzwischen hatte der Meister einen neuen Gesellen eingestellt, da die Arbeit mit dem Lehrlingen allein nicht mehr zu schaffen war. Carolus war darüber pikiert, daß er ihn nicht dabei zu Rate gezogen hatte, sondern einfach den Namen hinter in die Backstube schickte. Etwas unvorsichtig war Hempel auch gewesen, er hatte einen aus der Stadt eingestellt, der die ganzen Verhältnisse kannte. Carolus hätte lieber einen Wildfremden um sich gehabt. Aber es war nun nichts mehr daran zu ändern. Der neue Mann trug den romanischen Namen Leo Eggersberg. Er war von ungläublicher Länge. Anscheinend hatte dessen Mutter statt Streu immer Backpapier verwendet. Hübsch war er auch sonst an keiner Stelle seines Körpers. Eine recht unreine Haut mit zahllosen Pickeln gab seinem Gesicht etwas Krankhaftes. Er war allerdings tüchtig in seinem Fach. Wenn er im Teig wühlte, geschah das mit Routine und einer spezialisierten Leichtigkeit. Er arbeitete keinen Teil zurecht, knetete und drückte mit Ausdauer und Geschicklichkeit. Auch

in der Behandlung des Ofens war er von hervorragender Zuverlässigkeit.

Aber er besaß eine Eigenschaft, die keines Mannes Zierde ist: er klatschte wie ein altes Weib. Nichts war ihm heilig. Das Verhältnis zwischen Carolus und Ella hatte er nach wenigen Tagen durchschaut, soweit er es nicht schon vorher kannte. Was seine Augen nicht sahen, erklärte ihm das Ladenfräulein, deren kutterneidische Augen oftmals weit aus dem Gesicht heraushingen. Man hätte sie können mit der Schere abschneiden. So war es kein Wunder, daß die Hecherei bald in schönster Blüte stand.

Dieser Leo gehörte keiner Organisation an. Vom Gefühl gegenseitiger Hilfe hatte er keinen blassen Schimmer. Sein Vater war selbst irgendwo im Hessischen Meister.

Carolus versuchte ein paarmal bei Ella anzuklopfen, um den ihm unympathischen Menschen loszuwerden. Wäre Carolus „frei“ gewesen, dann hätte er sicher die Kabinettsfrage gestellt, entweder er oder ich. Sie versuchte es auch bei ihrem Mann, aber der wollte nichts davon wissen.

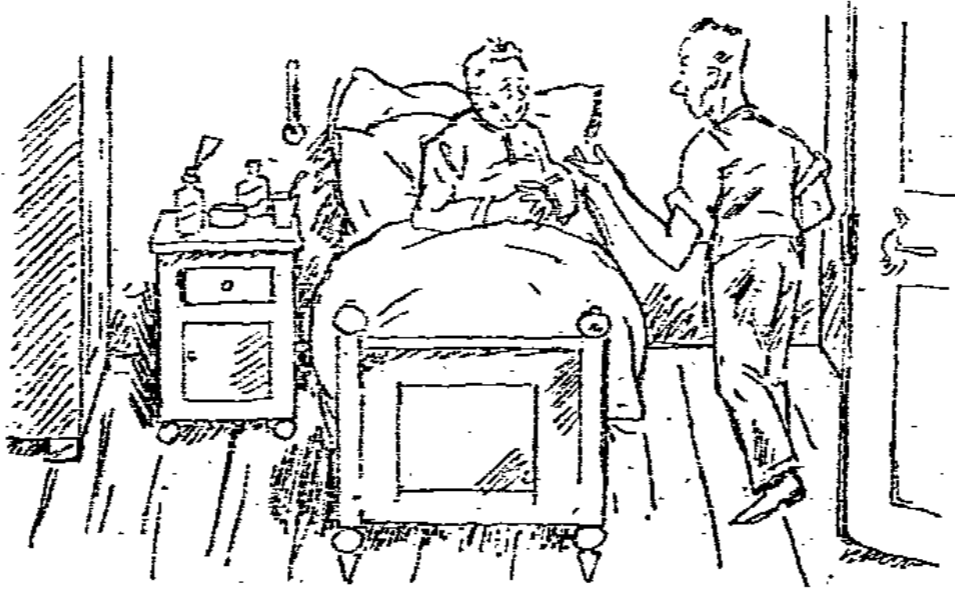
„Ich will nicht alles nur auf den Angermann stellen“, sagte der Meister und dabei blieb es.

Carolus mußte viel unzarte Reden einstecken, aber er tat so, als ginge ihm das alles nichts an, was wiederum dem Eggersberger nicht paßte. Wenn sich niemand drüber ärgert, hat es keinen Zweck, Tratsch in die Welt zu setzen. Carolus suchte sich freilich im tiefsten Innern, aber er war schlau genug, nach außen eine lächelnde Miene aufzusetzen. Leo konnte also auf diesem Wege nur wenig erreichen. Der Meisterin gegenüber hütete er sich allerdings, etwas verlauten zu lassen.

Meister Hempel hatte ihn nicht ohne Absicht eingestellt. Er schien ein anderer geworden zu sein. Es war klar, daß an sein Bett allerlei Gerede drang. Nun — das kann jeder verstehen — er wollte dem Carolus Angermann gewissermaßen eine Aufsichtsperson vor die Nase setzen, ohne daß der es merken sollte.

Leo Eggersberger seinerseits hatte bald heraus, was Meister Hempel hören wollte. Dafür haben gewisse Naturen ein scharfes Ohr. Seine Unterhaltungen mit dem kranken Mann dauerten oft sehr lange, Ella Hempel mußte ihn wiederholt unjanzit hinausbefördern. Alles in allem, Leo fand in dem Meister einen aufmerksamen Zuhörer für seine Stößen. Nicht etwa aus Bösartigkeit hörte der diesen Dingen zu, sondern anfangs lediglich deshalb, weil er sonst von keiner Seite etwas Bestimmtes zu erfahren bekam. So war es also keine bestimmte Absicht, vielleicht eher Langeweile, mit der er sich anfangs diese Angebereien zutragen ließ. Es entsprach freilich gar nicht seinem Geschmack, aber es reizte ihn etwas zu hören von dem, was er nur ahnte. Dann wurde es ihm zur Gewohnheit, daß ihm Eggersberg die Ohren vollblies.

Was er sich anfangs so sehnlich gewünscht hatte, das wurde ihm nach und nach zur Qual. Und doch konnte er



nicht widerstehen. Jeden Dienstag, wenn Carolus Angermann bei seinen Kollegen saß, wurde er durch Leo vollgepumpt von den großen und kleinen Backstubeengeschichten. Es ist nicht die Art solcher Charaktere, sich genau an die Tatsachen zu halten. Der Kranke sah noch dazu alles viel schwärzer. Das Krankenlager hatte ihn feinhöriger gemacht, diese Plaudereien mit Eggersberger rieben ihn seelisch auf.

„Zu was erzählen Sie mir das alles“, fragte er Leo einmal in einem Anfall von Widerwillen gegen den Ohrwurm.

„Ich denke, es kann Ihnen nicht einerlei sein, was der Carolus treibt“, meinte die männliche Klatschbase. Den Namen der Meisterin zu nennen, vermied er geschickt.

„Ja, meinen Sie, mir ist es zuträglich, wenn Sie mich mit dem Tratsch vollpumpen. Gott — es sind halt zwei junge Leute und Sie sehen doch, ich bin...“

Mehr sprechen konnte er nicht, die Nerven spielten ihm einen Streich, sein Körper wandte sich in Zuckungen, währenddessen Eggersberg das Zimmer fluchtartig verließ.

Seinen Zweck hatte er erreicht; Meister Hempel nach und nach gegen die beiden aufzuheizen. Dieser war noch tagelang wie gebrochen, apathisch.

Eines Abends, kurz nach dieser widerlichen Szene im Schlafzimmer des Meisters, meldete sich vorn im Laden die Mutter von Martha Hammer aus Erfurt, die unter dem Vorwand, ihre Schwester in Coburg zu besuchen, einfach hierher gereist war, um dem Carolus den Star zu strechen. Es war Dienstags. Carolus war gerade zu seinen „Eis-

Wird das Uebereinkommen über die Frauennachtarbeit revidiert?

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat alle Regierungen der Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gebeten, ihm ihre Auffassung über eine etwaige Durchsicht des Uebereinkommens von Washington über die Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben mitzuteilen. Diese Revision ist von der belgischen und britischen Regierung verlangt worden, die das Uebereinkommen ratifiziert haben, ferner von der schwedischen Regierung, die noch nicht ratifiziert hat. Keine der Regierungen wünschte den Grundsatz des Uebereinkommens anzutasten. Sie haben nur in zwei Punkten eine Änderung vorgeschlagen. Erstens soll eine Unterscheidung zwischen Arbeiterinnen und aufsichtführenden weiblichen Personen getroffen werden. In seinem gegenwärtigen Wortlaut verbietet das Uebereinkommen die Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben, ohne Ausnahmen vorzusehen für Frauen, die leitende oder überwachende Arbeiten ausführen. Die britische Regierung hat in diesem Zusammenhang auf den Fall hingewiesen, wo Frauen Kontrollbefugnisse in elektrischen Kraftwerken haben. Zweitens ist die Frage des Beginns und der Beendigung des als Nacht bezeichneten Zeitraums aufgeworfen worden. Nach dem gegenwärtigen Wortlaut des Uebereinkommens ist unter Nacht ein Zeitraum von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens zu verstehen. Die belgische und die schwedische Regierung wünschen, daß das Uebereinkommen unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der elfstündigen Nachtruhezeit in bezug auf Beginn und Ende dieses Zeitraums eine gewisse Bewegungsfreiheit lasse. Nach Prüfung der auf die Anfrage des Internationalen Arbeitsamts eingehenden Antworten der Regierungen wird der Verwaltungsrat endgültig darüber entscheiden, ob die Frage der Durchsicht dieses Uebereinkommens auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz gesetzt werden soll. Er wird ferner die etwa zu ändernden Stellen des Uebereinkommens genau bezeichnen.

Aberglauben im Wochenbett

Im Schwangerschaft und Wochenbett knüpft sich eine Fülle von Aberglauben, der noch weithin erhalten ist. Viele Frauen glauben, daß sie sich „versehen“, wenn sie während der Schwangerschaft etwas Häßliches erblicken, d. h. daß dann das Kind die gleiche Häßlichkeit zeigen, evtl. eine Mißbildung davontragen muß. Es bekommt dann leicht — so denkt die abergläubische Mutter — „ein Muttermal“, wie man ja allgemein die braunen Flecken, die ein Kind am Körper auf die Welt bringt, bezeichnet. Wenn eine Frau sich während der Schwangerschaft verbrennt, so bekommt das Kind ein rotes Mal, ein sogenanntes „Feuermal“. Erschrickt die werdende Mutter vor einem Tier, so bekommt das Kind eine Hasenscharte. Bläst sie ins Feuer, so bekommt das Kind rote Haare. Alle diese Wahnvorstellungen, die manche Frau ängstigen, entbehren selbstverständlich jeder geringsten tatsächlichen Grundlage. Ebenso töricht ist der Glaube, daß eine Schwangere unbedingt alles zu essen bekommen müsse, wonach es sie gerade gelüftet. Freundlicher ist wohl der Glaube, daß man, wenn ein Mädchen geboren wird, einen großen Topf mit Kartoffeln aufs Feuer setzen muß. Dann wird — so hofft man — das Kind einmal eine gute Hausfrau werden. Unschädlich ist der Glaube, daß man ein Hemdchen, das man einem Kinde im ersten Lebensjahr aus versehen mit der linken Seite nach außen angezogen hat, nicht wenden darf, da sonst das Kind krank wird. Recht lächerlich, aber oft auch schädlich, weil man den Arzt nicht holt, ist der Glaube an die Wirkung des „Besprechens“ durch eine weiße Frau. Auch bei Erwachsenen glaubt man vor allem, daß die „Rose“ besprochen werden könne. Man wundert sich freilich nicht über diese Reste von Aberglauben, wenn man sieht, wieviele Menschen, vor allem Frauen, dem „Meister“ Weizenberg zulaufen.

heitigen“ abgezogen, als sich Mutter Hammer nach ihm erkundigte.

Im Laden war nur die Verkäuferin Käthe, die großes Interesse zu erfahren hatte, was die alte Dame von „dem da“ wollte. Frauen haben einen scharfen Sinn, fast möchte man sagen, einen besonders gepflegten für derartige Dinge. Käthe merkte, daß hier etwas „los ist“. Sie bot der Erfurterin galant einen Stuhl an, wollte ihr Kaffee geben, alles nur zu dem Zweck, um der Mutter Marthas Würmer aus der Nase zu ziehen. Aber das war auch eine Frau... mit einem feinsten Sinn, der sofort witterte, was die Ladenmamsell mit den Fischaugen von ihr wollte.